

Rumänien ratifiziert Sprachencharta

Minderheiten erwarten sich davon konkrete Fortschritte: Fernsehen, Sprache vor Gericht

Bukarest – Für den Gebrauch der deutschen und der ungarischen Sprache in Siebenbürgen kann es ganz neue Perspektiven öffnen, dass das rumänische Parlament Ende 2007 die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifiziert hat.

Von Laszlo Vincze (vin)

Rumänien hatte den Vertrag des Europarats schon im Jahre 1995 unterschrieben. Auf die Ratifizierung hat man jedoch mehr als zwölf Jahre lang gewartet. Dass die verschiedenen Verfügungen in Kraft getreten sind, ist schon die letzte Woche im rumänischen Gesetzblatt erschienen.

Die meisten Minderheitenpolitiker bewerten die Ratifizierung als einen großen Schritt nach vorn im Bereich der sprachlichen Rechte. Nach der Charta soll die ungarische Minderheit, d. h. 1,5 Millionen Menschen, einen ungarischsprachigen Fernsehkanal be-

kommen. Das Dolmetschen wird bei Zivilverfahren obligatorisch und die Bürger müssen dafür nicht mehr bezahlen. In Zukunft können Kaufverträge in den Minderheitensprachen formuliert werden, die Gerichte müssen sie akzeptieren. Ferner können die Minderheitensprachen nicht nur in der kommunalen Verwaltung, sondern auch bei anderen öffentlichen Einrichtungen (z. B. beim Wasserwerk oder bei der Stromversorgung) benutzt werden. Dazu müssen die verschiedenen Institutionen auch Mitarbeiter ungarischer Muttersprache einstellen.

Der Optimismus der Politiker ist jedoch in gewissem Maße überschattet. Einerseits sind die Verfügungen allein in jenen Gebieten in Kraft, wo die gegebene Minderheitensprache von mindestens 50 Prozent der Bevölkerung (!) als Muttersprache gesprochen wird; diese Einschränkung schließt meh-



Rumänien hat die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen ratifiziert. Ob damit eine Verbesserung zu erwarten ist? Im Herbst hatte ein Beamter der Stadt Großwardein/Nagyvárad/Oradea ungarische Jugendliche gehohlet (im Bild), die zweisprachige Straßenschilder an Privathäusern aufgehängt hatten.

Foto: D*/Mn

rere hunderttausend Ungarn und viele Deutsche aus. Andererseits ist auch bekannt, dass die rumänischen Behör-

den nicht einmal die Einhaltung der bereits gegebenen sprachlichen Rechte gewährleisten können.